

- Die Ausschussmitglieder haben die als Anlage beigefügten Tischvorlagen vor der Sitzung erhalten.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Horst Krybus und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Horst Becker beantragen die Maßnahmenliste (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) zu beschließen, ergänzt um die Punkte, dass zum einen bei dem Einsatz von regenerativen Energien insbesondere Photovoltaik- und Solartechnik einbezogen werden soll, zum anderen im Rahmen der energetischen Sanierung der Kindergärten und Schulen die Einbeziehung der Sanitärbereiche geprüft werden soll.

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD, Gisela Becker, der UWG, Benno Reich sowie der FDP, Benno Reich treten dem Antrag bei.

Der Fraktionsvorsitzende der UWG, Benno Reich und die Fraktionsvorsitzende der SPD, Gisela Becker, beantragen, die Punkte 7 und 9 der Maßnahmenliste zu tauschen.

Bürgermeister Wolfgang Röger lässt zunächst über die Maßnahmenliste ohne die Punkte 7 und 9 abstimmen.

Der Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschuss beschließt:

1. Der Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschuss stimmt der mit der Einladung zu TOP 2 übersandten Maßnahmenliste (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) - mit Ausnahme der Punkte 7 und 9 auf der Liste - im Rahmen des Konjunkturpakets II zu und beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die erforderlichen Schritte zur Ermittlung der Investitionskosten und zur Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen einzuleiten. Im Rahmen der Vorschlagslisten sollen vorrangig energetische Sanierungen an Gebäuden durchgeführt werden, die dauerhaft die Betriebskosten senken. Sofern technisch möglich und sinnvoll, ist hierbei auch der Einsatz von regenerativen Energien und dabei insbesondere von Photovoltaik- und Solartechnik in die Sanierungsplanungen einzubeziehen.

Im Rahmen der energetischen Sanierung der Kindergärten und Schulen soll die Einbeziehung der Sanitärbereiche geprüft werden.

Die Reihenfolge in den Listen bestimmt die Priorität von hoch nach niedrig.

Die Deckung der durch die Investitionsmaßnahmen erforderlichen Mehrausgaben erfolgt durch Mehreinnahmen aus den Zuweisungen des Konjunkturpakets II. Der Leistung dieser Mehrausgaben wird insoweit zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergaben entsprechend dem mit der Einladung zum TOP 2 übersandten Erlass des Landes NRW zur Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachungen im Vergaberecht durchzuführen.
3. Die Planungsleistungen für die Infrastrukturmaßnahmen sollen von den in der mit der Einladung zum TOP 2 übersandten nicht-öffentlichen Anlage beigefügten Architektur- bzw. Ingenieurbüros erbracht werden. Die Verwaltung wird

beauftragt, unverzüglich die erforderlichen Beauftragungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Ja 16

Bürgermeister Wolfgang Röger lässt über die Punkte 7 und 9 in der Reihenfolge der Maßnahmenliste (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) abstimmen.

Der Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschuss beschließt:

Der Beschluss wird um die Punkte 7 und 9 der Maßnahmenliste (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) betreffend die Kindergärten und Schulen erweitert, wobei es bei der Reihenfolge von Punkt 7 und Punkt 9 bleibt.

Abstimmungsergebnis: Ja 13 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

| | ja | Nein | Enthaltungen | gesamt |
|----------------------|----|------|--------------|--------|
| CDU | 6 | | | 6 |
| Bündnis90/Die Grünen | 5 | | | 5 |
| SPD | | 2 | | 2 |
| UWG | | 1 | | 1 |
| FDP | 1 | | | 1 |
| DIE LINKE | | | | |
| Bürgermeister | 1 | | | 1 |
| sonstige | | | | |
| gesamt | 13 | 3 | | 16 |

Bürgermeister Röger weist darauf hin, dass sich die Anwendung des mit der Einladung zu TOP 2 übersandten Gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, des Innenministeriums, des Finanzministeriums, des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und des Ministeriums für Bauen und Verkehr vom 03.02.2009 - Az.: 121 - 80-20/02 - grundsätzlich auf alle Vergaben erstrecken soll. Sofern Einverständnis bestehe, werde dieser Punkt direkt in der nächsten Ratssitzung behandelt.

Auch die Genehmigung der mit der Umsetzung der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II erforderlichen Mehrausgaben werde dem Rat vorgelegt.

Die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses sind mit dem Verfahren einverstanden.